



DIE ZEIT



Dem Frieden eine Gasse

Neues Jahr mit neuen Hoffnungen in Nahost

Von Dietrich Strothmann

Ein geradezu brillantes Feuerwerk brannte der ägyptische Staatspräsident Sadat zur Jahreswende ab. Es weckte die Konfliktstaaten des Nahen Ostens aus ihrem Dornröschenschlaf auf und war auch darauf angelegt, dem neuen amerikanischen Präsidenten Carter die verdüsterte Szene in diesem Teil der Welt zu erhellen.

Über alles, so Sadat, könne und müsse demnächst auf der Genfer Friedenskonferenz gesprochen werden. Israel solle nach seinem totalen Abzug aus den besetzten Gebieten alle Garantien erhalten, die es verlange. Kein Zweifel, daß Israel existiere; keine Frage, daß Ägypten einen Vertrag über die Beendigung des Kriegszustandes unterzeichnen und minimale Grenzkorrekturen zugunsten Israels befürworten werde. Vor allem aber: Ein Mini-Staat Palästina, gebildet aus Westjordanien und dem Gazastreifen — mit dem sich auch ein Yasir Arafat begnügen müsse —, sollte mit Jordanien föderiert werden.

Dies ist eine geballte Ladung von Zugeständnissen — mehr als nur ein Signal. Sadats Verhandlungsofferte ist vernünftig, ausgewogen, durchdacht. Sie ist vor allem abgesichert durch Absprachen mit Saudi-Arabiens König Chalid, Syriens Präsidenten Assad und Jordaniens Monarchen Hussein.

Ist es also berechtigt zu sagen: 1977 kann ein Jahr neuer Hoffnungen werden, neue Chancen für einen Frieden in dieser Region eröffnen, wo dreißig Jahre Krieg oder doch Fast-Krieg herrschten? Vieles ist schon zum Jahreswechsel in Bewegung gekommen: durch Israels vorgezogene Neuwahlen im Mai. Vieles wird noch den Prozess einer Nahost-Entspannung beschleunigen: durch Initiativen der neuen Administration in Washington. In diesen Tagen studiert Jimmy Carter das Drehbuch seiner Experten für eine Regelung des israelisch-arabischen Konfliktes. Nicht, daß darin unwirker neue Ideen enthalten wären, sensationelle Entwürfe ausgebreitet würden. Noch hat Carter nicht einmal zu erkennen gegeben, an welcher Stelle seiner außenpolitischen Prioritätenliste der Nahost-Konflikt überhaupt rangiert. Die Grundzüge seiner Nahost-Politik sind dennoch erkennbar, darunter zwei, die unmittelbar mit dem Wechsel in Washington zusammenhängen und mit dem Wandel im politischen Stil:

- Keine Ein-Mann-Diplomatie mehr und auch keine Fortsetzung einer Politik der kleinen Schritte — la Kissinging.
- Statt dessen eine Gipfeldiplomatie und als Ziel eine Globallösung.

Henry Kissinger kann für sich beanspruchen, daß er mit seinen Teilabkommen im Sinai und auf dem Golan zum erstmaligen Friedensfähigkeit der bis dahin friedensunfähigen Kontrahenten erproben konnte. Aber auch er hätte seine Politik der militärischen Entflechtung nicht einfach fortführen können. Von der Konflikteindämmung muß die amerikanische Befriedigungspolitik zur Konfliktlösung umschalten. Und das wäre auch mit Kissinger nicht im Stil der vorher so erfolgreich praktizierten Pendeldiplomatie möglich gewesen.

Also wird Jimmy Carter alsbald die Präsidenten, Könige und Regierungschefs zu sich bitten; darum wird er für die zum Herbst vorgesehene Genfer Konferenz ein Grundkonzept ausarbeiten, das auch das Anrecht der Palästinenser auf eine staatliche Identität und Autorität berücksichtigt. Dabei werden die heiklen Fragen des künftigen Status von Jerusalem oder die Art der Großmächte-Garantien, vielleicht sogar die Klauseln eines israelisch-amerikanischen Sicherheitspaktes, nicht einmal im Vordergrund stehen.

Die Sowjets als Teilhaber?

Es geht um den Kern des Konfliktes: Ist Israel, von geringfügigen, noch auszuhandelnden Korrekturen abgesehen, zu einem totalen, wenglich stufenweisen Rückzug auf seine alten Grenzen bereit, sofern es dafür die offizielle Anerkennung seiner Existenz durch die arabischen Anrainer erhält? Finden sich die Palästinenser mit Westjordanien und dem Gazastreifen als ihrer neuen Heimat ab — und werden sie, als Gegenleistung öffentlich ihren Forderungen nach der „Befreiung ganz Palästinas“, also auch Israels, abschwören?

Sind diese Kernprobleme geregelt, rücken alle anderen Streitfragen in den zweiten Rang: In welchem Zeitraum zieht Israel seine Besatzungstruppen ab, und auf welche Boykottmaßnahmen müssen die Araber verzichten; wie breit müssen die demilitarisierten Pufferzonen auf dem Golan, im Sinai und entlang der israelischen Ostgrenze sein; wie werden die UN-Trennungstruppen dem Weltsicherheitsrat unterstellt? Dies gilt auch für die künftige Struktur einer Bindung Restpalästinas an Jordanien, wobei vorausgesetzt werden muß, daß es in Hebron und Nablus keine palästinensische Armee geben kann, und vorausgesetzt werden darf, daß nicht nur Jordanien, sondern e recht Syrien jede Aktivität palästinensischer

Partisanen schon aus seinem Eigeninteresse unterbinden wird.

Nicht das Unmögliche sogleich in die Tat umzusetzen, sondern das Mögliche endlich möglich zu machen, muß Jimmy Carter sich vornehmen. Und dazu gehört — neben Israels Rückzug und der Selbstbescheidung der Palästinenser — als dritte, unumstößliche Prämisse: die Einbindung der Sowjetunion in die nächste Phase des nahöstlichen Entspannungsprozesses. Wo Kissinger das Kunststück gelang, Kairo und Damaskus in ihrem Verhältnis zu Moskau aus ihren Anhänglichkeiten und Abhängigkeiten herauszulösen und Amerika zum alleinigen Vermittler aufsteigen zu lassen, muß Carter sich einer ähnlich schwierigen Aufgabe unterziehen. Der amerikanische Präsident muß die Sowjets als Teilhaber für die Friedensversuche gewinnen: erst als Verhandlungsmacht auf der Genfer Konferenz und später als Garantie-Macht in einem pazifizierten Nahen Osten.

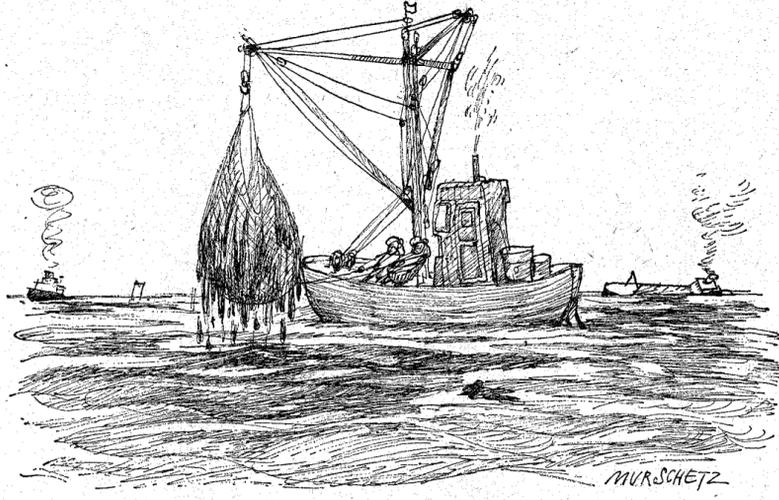
Noch aber steht in den Sternen, was Carter durchsetzen kann; noch ist unerprobt, wie gut der Boden für seine Friedensstrategie bereitet ist. Freilich: Es gibt mehr als nur ein paar flüchtige Indizien dafür, daß Außenminister Cyrus Vance mit seiner Formel vom „Fenster zum Frieden“, das weit geöffnet sei, nicht einer Einbildung erlegen ist. Saudi-Arabien zum Beispiel, dank seiner Ölmilliarden zur arabischen Führungsmacht aufgestiegen, fordert Rationalität unter den von ihm abhängigen Bruderstaaten und fördert die *American connection* in Nahost. Nach dem spektakulären Ausbruch der Saudis aus dem OPEC-Preiskartell sind ihnen die Vereinigten Staaten nun doppelt verpflichtet. Nach der von Saudi-Arabien finanzierten und forcierten syrischen Zählung der Palästinenser im Libanon muß die Wüstenmonarchie selbst Israel als hilfreicher Partner erscheinen.

Kursänderungen der Araber

Die künftige israelische Regierung muß vor allem zwei klare Kursänderungen im arabischen Lager in ihre Verhandlungsstrategie einbeziehen: Durch die Bereitschaft, gemäß der Sicherheitsrats-Resolution 242 mit Jerusalem zu verhandeln und einen Vertrag über das Kriegsende zu schließen, sind die Beschlüsse von Kharum überholt (keine Anerkennung Israels); mit der Ankündigung, einen Palästina-Staat an Jordanien zu koppeln, ist die Einigung von Rabat hinfällig geworden (Alleinvertretungsrecht der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO). Auch könnten künftig noch zwei weitere Prämissen von durchschlagender Wirkung bei der israelischen Hinhaltepolitik hinfällig werden, wenn der Prozess einer allmählichen Pazifizierung wirklich in Gang kommen sollte. Erste Behauptung: Sadat bietet einen Frieden mit Israel ohne Frieden; zweite Behauptung: Arafat bietet einen Frieden mit Israel ohne Israel. Denn ein Vertrag Ägyptens mit dem Judenstaat würde ja nicht erst dadurch ein „Friedensvertrag“, daß sich der Herzenswunsch Golda Meirs erfüllte, in Kairo einzukaufen zu können. Und eine Teilnahme Yasir Arafats an der Genfer Konferenz, die auf der Resolution 242 basiert und damit auf der unanfechtbaren Existenz des Staates Israel in „sicheren und anerkannten Grenzen“, würde eine totale Revision des Programms zur „Zerstörung des zionistischen Gettos“, wie es in der PLO-Charta niedergelegt ist, bedeuten.

Israel selber aber — wird es Carter dazu helfen wollen und können, den Frieden im Nahen Osten eine Gasse zu öffnen? Oder wird es womöglich den bisher günstigsten „Augenblick des Friedens“ verpassen — aus Angst vor ihm? Einige Anzeichen für einen Wandel sind verheißungsvoll: daß zum erstmaligen Jerusalemer Politiker mit PLO-Funktionären sprachen, wenn auch ohne Regierungsauftrag; daß Ministerpräsident Rabin auch zu „umfangreichen territorialen Zugeständnissen auf der Westbank bereit“ ist; daß Außenminister Allon ausdrücklich einräumt, es gebe „keine israelische Unterschrift unter einem Friedensvertrag mit Jordanien, ohne daß die Palästinenser eine „angemessene Form ihrer Identität erhalten“. Fast will es scheinen, als setze sich allmählich die Einsicht durch, zu der sich Israels Mitbegründer und erster Staatspräsident Chaim Weizmann schon vor einer Generation bekannte: Auf dem Boden des historischen Palästina gebe es nicht einen Konflikt zwischen Recht und Unrecht, sondern zwischen zwei Rechten.

Gewinnt Rabin im Mai die Wahlen nicht ein zweitesmal — und damit das Mandat zu Verhandlungen —, dann wird es Jimmy Carter mit den Israelis schwerer haben als mit den Arabern. Das „Fenster zum Frieden“ könnte wieder zuschlagen. Auch der neue Mann im Weißen Haus wird Augenmaß brauchen. Ein Erfolg im Nahen Osten ist mit seinem Prestige verbunden, und er hat mit seiner „moralischen Dimension“ in der Außenpolitik hohe Erwartungen geweckt. Aber die Warnung Hubert Humphreys sollte ihn nicht schrecken, daß „der Traum gelegentlich größer ist, als die Tatsachen“.



Öl-Sardinen überall

Rettung der Renten?

Die Regierung gerät ins Schwimmen / Von Dieter Piel

Vor einem Monat sagte Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung: „Unsere Entscheidungen sind geeignet, die Rentenversicherung zu konsolidieren und damit die Altersversorgung der Bürger zu sichern.“ Der peinliche Entscheidungsprozess der Bonner Innenpolitik schien abgeschlossen, die leidige Diskussion über die finanzielle Lage der Rentenversicherung endlich beendet zu sein. Mehr schlecht als recht, wie sich nun herausstellt. Es wird wieder gerechnet und diskutiert: Neue Beschlüsse sollen die alten ergänzen, ändern oder sogar aufheben.

Was die Regierung jetzt aufführt, ist ein Trauerspiel und eine Posse zugleich. Zwar gebietet sie über einen gewaltigen Apparat, der sie mit allem versorgt, was sie für die wirtschaftliche Fundierung ihrer Beschlüsse braucht: die Ministerien für Arbeit, Wirtschaft und Finanzen, die Sachverständigenräte, das Statistische Bundesamt und die Träger der Gesetzlichen Rentenversicherung. Dennoch: Bis Anfang Dezember nannte die Regierung tausendfachen Warnungen zum Trotz die Renten-Finanzen „sicher“; dann wurde ihr die Unseriosität ihrer Beteuerungen so klar, daß sie sich über Wahlversprechen hinwegsetzen wollte; schließlich begnügte sie sich mit einer moderaten Entscheidung, die sich freilich schnell als verworren oder unzulänglich herausstellte.

Auch eine Bundesregierung darf einmal irren. Doch bei den Renten bringt sie sich um jeden Kredit. Sie erweckt im Augenblick den fatalen Eindruck, als habe sie ihre Zahlen nicht mehr im Griff, als sei sie nicht mehr Herr ihrer Entscheidungen, obwohl sie sich doch lange genug auf sie vorbereiten konnte. Vor vier Wochen verkündeten die Spitzenpolitiker beider Koalitionsparteien stolz eine Methode, mit der ein Defizit von 83,3 Milliarden Mark, das bei der Rentenversicherung bis zum Jahr 1980 droht, ausgeglichen werden könnte. Nun aber zeigt sich, daß die Rentenversicherung noch stärker entlastet werden muß, als anfangs angenommen. Es werden mindestens zehn, möglicherweise aber über zwanzig Milliarden Mark fehlen; genau weiß das noch niemand.

Die zuständigen Stellen berufen sich bei ihren jüngsten Vorhersagen auf angeblich neue Berechnungen, vor allem über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Einkommen. Die wirtschaft-

lichen Annahmen, von denen man jetzt ausgeht, galten freilich schon im Dezember. Damals wie heute war vorherzusehen, daß die Aussichten für den Arbeitsmarkt düster sind.

Als die Koalitionsparteien über ihrem Regierungsprogramm brüteten, hätte ihnen klar werden müssen: Wenn, um der politischen Glaubwürdigkeit willen, die Renten schon im kommenden Juli — und nicht erst ein halbes Jahr später — erhöht werden, wird sich eine Beitragserhöhung für die Versicherten nur schwer vermeiden lassen. Die Regierung konnte sich ausrechnen, daß der Weg, auf dem sie von 1979 an zu bescheidenen Rentenerhöhungen gelangen will, schlecht gewählt war. Und sie mußte wissen: Die Rentenversicherung braucht mehr finanzielle Reserven, als ihr jetzt zugestanden werden.

Aus diesem Grunde wäre es sinnvoll gewesen, wenn Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher die Beschlüsse zur Sanierung der Sozialversicherung ein wenig aufgeschoben hätten. Es wäre dann zwar Zeit verloren worden, dafür aber hätte immerhin ein Rest an sozialpolitischer Bonität gerettet werden können. Noch ist die Chance für eine Korrektur nicht vollends vertan. Deshalb sollte die Koalition ihr eilends entworfenen Sozialprogramm nun nicht auch noch mit heißer Nadel reparieren.

Die finanzielle Sanierung der Sozialversicherung bedarf der Zustimmung der Unionsparteien. Nach den bisherigen Äußerungen von Oppositionspolitikern aber wird die Regierung dieses Plaket im Bundesrat nur erhalten, wenn die Rettung des Rentensystems gründlich und solide vorbereitet wird. Das bedeutet, das Problem, wie die Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung beteiligt werden, bedarf ebenso der Lösung wie die Frage der Besteuerung der Renten. Eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge muß, obwohl sie nur ein letzter Ausweg sein kann, ebenso ins Auge gefaßt werden wie drastisch verminderte Rentenerhöhungen für ein oder zwei Jahre.

Es liegt an der Bundesregierung, ob und wann sie die Sozialversicherung aus dem Gerede bringt, das sie fahrlässig vom Zaun gebrochen hat. Ein funktionierendes System der sozialen Sicherung setzt Vertrauen voraus. Dieses Vertrauen wiederherzustellen, ist zur wichtigsten innenpolitischen Aufgabe geworden.



Wie gefährlich ist ein Atomreaktor?

Im zweiten Teil unserer Serie über die Kernfrage Kernenergie diskutieren internationale Experten zwei Fragen:

- Müssen wir unseren Lebensstandard einschränken?
- Können wir nach dem heutigen Wissensstand den Bau weiterer Kernkraftwerke verantworten?

An dem Gespräch nahmen teil: Professor Dr. Karl Heinz Beckurts, Kernforschungsanlage Jülich; Dr. Albert Carnesale, Harvard University, Cambridge, USA; Professor Ralf Dahrendorf, Direktor der London School of Economics; Professor Sir Brian Flowers, Rektor des Imperial College of Science and Technology, London; Dr. Herbert Gruhl, CDU-Bundestagsabgeordneter; Hans Marthöfer, Bundesminister für Forschung und Technologie; Dr. Dieter Schmitt, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität Köln; Professor Bengt Svensson, Institut für Theoretische Physik an der Universität Lund, Schweden.

Rüde und ängstlich

Die jüngst von der DDR verhängten Zugangskontrollen am Eingang zur Bonner Vertretung in Ost-Berlin sind starker Tobak; robuster Protest ist angemessen. Honeckers Rede zur Jahreswende mit einigen passablen Passagen über das Verhältnis zur Bundesrepublik deutete noch nicht auf diese ausgeklügelte Infamie hin. Überhaupt fragt sich, ob die DDR-Führung sich noch von einer in sich bündigen Deutschlandpolitik leiten läßt, die alles in allem auf Abbau der Konfrontation gerichtet ist. Repräsentiert Honecker nur noch eine schwache Mehrheit oder sogar nur eine starke Minderheit?

Mit der Schlußakte der Helsinki-Konferenz ist die DDR wieder einmal in einen aufreizenden Widerspruch geraten. Diese Akte bereitet ihr zunehmend innere Schwierigkeiten. Seitdem nämlich häufen sich die Zeichen, daß die DDR weniger auf die Botmäßigkeit ihrer Bürger rechnen darf — da hilft nicht einmal mehr die Furcht vor polizeistaatlichem Zugriff. Täglich sechzig bis achtzig DDR-Bürger, die Bonns Vertretung aufsuchen, mögen dem SED-Regime als Provokation erscheinen. Auf Autoritätsschwund reagiert es klobig und rüde. Nicht nur nach innen. Wir müssen für möglich halten, daß es auch keine weitere Öffnung gegenüber der Bundesrepublik auszuhalten glaubt. Aber wir dürfen dies niemals akzeptieren. Be.

Frei-Flug

Diesmal mahnten die Mühlen des „Rechts“ schneller als 1973: In Amman zum Tode verurteilt, mußte Abu Daud immerhin ein halbes Jahr in Husseins Kerker absitzen, bevor ihn der König höchstselbst begnadigte. Die Pariser Episode hat dagegen nur vier Tage gedauert. Der Reisende in Sachen Terror schwebte am Dienstag wohlbehalten in Algier ein, nachdem ihm am Wochenende ein paar übereifrige Herren der Abwehr aus seinem Pariser Hotel in die *Santé* befördert hatten.

Seit Dienstag darf man aufatmen: Die „Rechtssicherheit“ ist wiederhergestellt. Wo käme man auch hin, wenn ehrenwerte Gesandte der PLO — die eingeflogenen waren, um einem gemeuchelten Genossen das letzte Geleit zu geben — einfach arretiert und womöglich einer Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden, die den feinen Unterschied zwischen Freiheitskampf und Geiselmord nicht zu würdigen weiß?

Der *faux pas* der französischen Abwehr war um so peinlicher, als Abu Daud kurz zuvor am Quai d'Orsay die offizielle Kondolenz der Regierung zuteil wurde. Man hat den Fehltritt — wie es sich für Realpolitiker gehört — mit gebührender Eile aus der Welt geschafft. Die Bayern haben höflichst gewartet, die Franzosen schleunigst gewaltet: Formfehler waren schnell bei der Hand, um den Drahtzieher des Münchner Massakers aus dem Land zu katapultieren. Wir sind ihn los, wir haben ihn wieder — den Mörder mit dem Diplomatenpaß. jf

DIESE WOCHE

Politik	1-6
Länderspiegel	7
Politische Woche	8
ZEIT-Forum	9-14
Politisches Buch	15
Wirtschaft	17-25
Immobilien	20
Impressum	22, 31
Berufe	26-29
Leserbriefe	30-31
Themen der Zeit	32
Feuilleton	33-38
Theaterspielpläne	37
Literatur	38-39
Kritik und Information	40
Reise	43-48
Sport/Wissenschaft	49/50
Modernes Leben	41-42, 51-52

3 Die Zentrale rüstet auf
Rolf Zundel über das Kanzleramt, das ein Gegengewicht zur FDP werden soll

25 Rosa Zeiten für Knipser
Heinz Blüthmann: Die Zurückhaltung der Photo-Amateure löst harte Preiskämpfe der „Bilderfabriken“ aus

52 Engel auf Grabmälern
Esther Knorr-Anders: Gedanken bei einem Spaziergang über den Friedhof



Kapitän auf Deutschlands größtem Dampfer

Sein Schiff hat 415 000 Tonnen, aber er verdient nur halb soviel wie ein Verkehrspilot: Peter Sager fuhr mit Horst Wild auf dem Supertanker „Esso Deutschland“